

ERKLÄRUNG ANSTELLE DES NOTARIETÄTSAKTES
(Art. 47 D.P.R. 28 Dezember 2000, n. 445)

FÜR ÖFFENTLICHE VERWALTUNGEN ODER VERWALTUNGEN DER ÖFFENTLICHEN DIENSTE

Der/Die Unterfertigte _____ (Nachname) _____ (Vorname)

geboren in _____ (Geburtsort) _____ (Prov.) am _____

wohnhaft in _____ (Ort) _____ (Prov.) Straße/Platz _____ Nr. _____, (Adresse)

als

Spender/-in gesetzliche/-r Vertreter/-in der Gesellschaft, Körperschaft, des Verbandes, Vereins, usw.

Firmenbezeichnung _____

mit Sitz in _____

Straße _____

Steuernummer _____ MwSt. Nr. _____

Tel. Nr. _____ e-mail / pec: _____

erklärt mit seiner/ihrer Unterschrift,

- sich der strafrechtlichen Folgen von Falscherklärungen und der Erstellung sowie des Gebrauchs gefälschter Urkunden gemäß Art. 76 des DPR Nr. 445/2000 in geltender Fassung bewusst zu sein;
- im Sinne von Art. 40, Abs. 9, des GD Nr. 201/2011, umgewandelt mit Gesetz Nr. 214/2011 und für die Wirkungen der Anwendungen des Art. 15, Abs. 1, h) des D.P.R. Nr. 917/86 dass folgender Betrag _____ € für die Durchführung folgender Arbeit/en

an folgende Einrichtung/Person gespendet zu haben:

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silivius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it PEC: generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB): Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silivius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: dsb@provinz.bz.it PEC: rpd_dsb@pec.prov.bz.it

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von D.P.R. 600/73, D.P.R.917/86, Legislativdekret 165/2001 angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person der Direktor/die Direktorin pro tempore der Abteilung Finanzen an seinem/ihrer Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträger zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Agentur der Einnahmen, NISF, INAIL, staatliche und lokale Verwaltungen. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen *Systems* der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch *Cloud Computing*, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite

<http://www.provinz.bz.it/de/transparenteverwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Ort/Datum

Unterschrift

DIESER BEREICH IST DEM AMT VORBEHALTEN

ABTEILUNG/AMT, DAS DIE ERKLÄRUNG SAMMELT |__|_ . |__|_

ANSPRECHPERSON _____ TEL _____

Im Sinne des Art. 38, D.P.R. 445 vom 28 Dezember 2000, wird die Erklärung vom Interessenten in Anwesenheit des zuständigen Beamten/ der zuständigen Beamtin unterschrieben bzw. unterschrieben samt einer ebenfalls nicht beglaubigten Fotokopie des Personalausweises des/der Erklärenden, an das zuständige Amt über Fax, mittels eines/einer Beauftragten oder über die Post übermittelt.